

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

11.08.2023

Inhalt

EWN

1 Lubminer Atomfässer rosten durch aggressive Schlämme <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 11.08.2023</i>	3
2 Ein Weckruf <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 11.08.2023</i>	5
3 „Ohne Kernenergie ist Klimaschutz kaum möglich“ <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 11.08.2023</i>	7
4 Kommt der Asse-Atommüll in alte Harz-Bunker? <i>Braunschweiger Zeitung, 11.08.2023</i>	10
5 Speicherverband sieht weiter Bedarf für LNG-Terminals <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 11.08.2023</i>	11
6 Peine: BGE-Führung wird durch zwei Fachfrauen komplettiert <i>PAZ online (Peiner Allgemeine), 11.08.2023</i>	12

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 11.08.2023 | S. 1

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

ATOMLAGER BEI GREIFWALD

Lubminer Atomfässer rosten durch aggressive Schlämme

Drei Behälter im Zwischenlager betroffen / Weitere 229 Fässer bergen ähnliche Substanzen

Rost an Abfall-Fässern im Atom-Zwischenlager: Das Problem könnte größer sein als bislang bekannt. Nach Angaben der **EWN** GmbH lagern in Lubmin weitere 229 Fässer mit feuchtem radioaktiven Inhalt, die nach den aktuellen Vorfällen noch nicht auf Korrosion untersucht wurden. Nach OZ-Informationen soll kontaminierter, mit aggressiven Säuren und Basen versetzter Schlamm zu Rost an drei Fässern geführt haben. Zuletzt war an einem Fass ein fünf Millimeter großes Loch entdeckt worden, aus dem Flüssigkeit austrat.

Die **EWN** GmbH spricht von einem „systematischen Fehler“, vermutlich zurückzuführen auf „mangelnde Qualität der Beschichtung und das Alter der Fässer“. Ein ähnlicher Vorfall hatte sich bereits im September 2022 ereignet. Betroffen sind beschichtete Fässer aus C-Stahl. In diesen Fässern werden schwachradioaktiv belastete Substanzen aufbewahrt. Eine Gefahr für Umwelt und Mensch habe nicht bestanden, heißt es.

Die Untersuchungen laufen. Das Umweltministerium hatte am Mittwoch einen Experten nach Lubmin geschickt. Minister Till Backhaus (SPD) erwartet heute den Bericht. „Die Meldekette hat funktioniert“, sagt Backhaus. Der Vorfall verdeutliche die Unberechenbarkeit von Kernenergie und die Herausforderung an eine sichere Lagerung. Die beschädigten Fässer waren für die Endlagerung im Schacht Konrad bei Salzgitter bestimmt. Mit der Inbetriebnahme des Lagers für schwach- und mittelradioaktiven Abfall ist nicht vor 2028 zu rechnen.

Hannes Damm, energiepolitischer Sprecher der Grü-

nen, fordert: „Die gesamte Charge, zu denen die schadhafte Fässer gehören, muss ausgetauscht werden.“ Rosemarie Poldrack, Mitglied im Kernenergiebeirat des Landes: „Auch wenn die von den Fässern ausgehende Gefahr nur gering war, ist der Vorfall äußerst beunruhigend.“ Fässer, für die Ewigkeit bestimmt, hätten sich bereits nach wenigen Jahren als porös erwiesen.

Insgesamt lagern rund 25 000 C-Stahlfässer in Lubmin, befüllt mit Abfall aus dem AKW-Rückbau. 22.000 Fässer mit radioaktiv unbedenklichem Material stehen nach **EWN**-Angaben in sicheren Bereichen außerhalb des Zwischenlagers. Rund 3000 Fässer sind mit schwach- und mittelradioaktiv belasteten Konzentraten befüllt. Davon beinhalten derzeit noch 229 Fässer aus Edelstahl und C-Stahl sogenannte feuchte Gebinde, wie die OZ erfuhr. Diese Behälter, teilweise Ende der 90er Jahre befüllt, stehen wiederum in dickwandigen Containern.

Die **EWN** GmbH hat nach den Vorfällen reagiert: „Die korrodierten Fässer wurden unverzüglich in sicher geschlossene Behälter gestellt“, so ein Sprecher. Erwogen werde nun eine Umverpackung des Inhalts in Edelstahlfässer. Bislang nicht kontrollierte Fässer würden überprüft.

Zitat-Text:

„Die gesamte Charge, zu denen die schadhafte Fässer gehören, muss ausgetauscht werden.“
- Hannes Damm, Grünen-Sprecher



Bildunterschrift: *Fässer und Behälter im Zwischenlager Nord*

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 11.08.2023 | S. 6

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

ATOM-LAGER IN LUBMIN

Ein Weckruf

Im Atom-Zwischenlager Lubmin wurden drei Fässer mit Korrosionsstellen entdeckt. Eine Gefahr für Mensch und Umwelt ging von den Behältern offenbar nicht aus. Dieser Vorfall ist ein Weckruf: Sicher geglaubte Entsorgungskonzepte können sich in der Praxis als fehlbar erweisen, meint OZ-Chefreporterin Martina Rathke.

Dass mit Atommüll beladene Fässer bereits wenige Jahre nach der Befüllung rosten, ist beunruhigend. Warum dies passieren konnte, bedarf einer Untersuchung. Glücklicherweise wurden in den Fässern nur schwachradioaktive Stoffe aufbewahrt, von denen keine unmittelbare Gefahr für Mensch und Umwelt ausging. Eine Dramatisierung ist fehl am Platze. Allerdings ist dieser Vorfall im Zwischenlager Nord in Lubmin ein Weckruf, der über den konkreten Fall hinaus hellhörig machen sollte: Sicher geglaubte Entsorgungskonzepte für Atommüll können sich in der Praxis als fehlbar erweisen. Die betroffenen korrodierten C-Stahlfässer waren für die Endlagerung gedacht. Lediglich der Umstand, dass sich die Inbetriebnahme des Schachtes

Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Abfall verzögert, hat jetzt bei Kontrollen die Schwächen dieser Behälter offenbart. Die Fehler sind zu heilen: Bislang nicht untersuchte Fässer sollen kontrolliert werden. Die **EWN** GmbH erwägt eine Umfüllung des Inhalts in Edelstahlfässer beziehungsweise die Verpackung der korrodierten Fässer in größere sichere Behälter.

Zurück aber bleibt ein mulmiges Gefühl. Die atomaren Altlasten aus wenigen Jahrzehnten billiger Atomstrom-Erzeugung wird viele Generationen nach uns begleiten. Zu glauben, dass alle Risiken der Endlagerung zu kalkulieren sind, ist ein Irrglaube.



Bildunterschrift: Fässer und Behälter im Zwischenlager Nord - Foto: Ove Arscholl

„Ohne Kernenergie ist Klimaschutz kaum möglich“

Der Physiker Ulrich Waas ist einer der profiliertesten Kenner der deutschen Kernkraftsicherheit. Knapp 20 Jahre lang hat er in diesen Fragen das Bundesumweltministerium beraten. Im Gespräch mit Nordkurier-Reporter Carsten Korfmacher erklärt Waas, warum die Energiewende ohne Kernkraft eine Stolperstrecke ist.

In den vergangenen Jahren haben Sie sich bei Kernkraftgegnern und in der Atomindustrie Feinde gemacht. Wie kam es dazu, dass Sie, überspitzt gesagt, bei den einen als Lobbyist und bei den anderen als Verräter gelten?

Da muss ich etwas ausholen. Ich habe 1975 in der Industrie angefangen. Damals waren alle für Kernenergie. Aber durch die nuklearen Unfälle von Three Miles Island und Tschernobyl sowie die Gedanken zu Grenzen des Wachstums gab es einen Paradigmenwechsel. Auf diese Debatte hat sich die Industrie nicht richtig eingelassen.

Meine Meinung: Es ist verständlich, dass Menschen sich mit Kernenergie unwohl fühlen. Die Kernenergie ist für fast alle Mitbürger eine sehr anonyme Technik und nicht völlig problemlos. Also wenn es gelänge, ein Energiesystem aufzubauen, das ohne Kernkraft für eine Industriegesellschaft funktionierte und das gleichzeitig klimafreundlich wäre, würde ein wesentlicher Grund für die Kernenergie entfallen. Unredlich ist es aber, die Schwierigkeiten des gewünschten neuen Energiesystems dadurch verstecken zu wollen, dass man lediglich über reale oder fiktive Probleme der Kernenergie redet. Diese offene Haltung hat mich bei einigen „ideologischen“ Befürwortern wie auch Gegnern der Kernenergie zur „Unperson“ gemacht.

Gehen wir das mal im Einzelnen durch: Warum importieren wir nicht einfach den Strom, den wir brauchen und durch Erneuerbare nicht selbst herstellen können?

Natürlich geht das. Man darf nur nicht erwarten, dass das eine kostengünstige und solidarische Lösung ist. Letzten Endes wären wir dann auf die Lieferfähigkeit unserer Nachbarn angewiesen, die sich ihrerseits fragen, warum Deutschland als größter Energiekonsument des Kontinents nicht zur europäischen Versorgungssicherheit beiträgt. Das kann Teil einer Strategie sein, aber eine gute ist es nicht. Das wurde zuletzt

im vergangenen Winter deutlich, als Frankreich aufgrund von technischen Problemen viele Kernkraftwerke nicht am Netz hatte.

Sie haben auch heute noch Kontakte zu ehemaligen Kollegen in der europäischen Nuklearindustrie. Wie wird dort die deutsche Atomstrategie gesehen?

Viele Leute wundern sich und versuchen nun ihrerseits, das Beste daraus zu machen. Sie sagen: „Die Deutschen werden mit ihrem Konzept nicht klarkommen und zukünftig öfter Not haben – dann können wir ihnen Strom zu hohen Preisen verkaufen“. Deswegen planen Länder wie Tschechien oder die Slowakei bereits zusätzliche Kapazitäten für unsere Notlagen. Selbstverständlich wird das Auswirkungen auf den Strompreis in der Bundesrepublik haben.

Von welchen Größenordnungen sprechen wir hier?

Wenn wir den vergangenen Winter, als Frankreich seine Kraftwerksprobleme hatte, als Grundlage nehmen: Da hat eine Megawattstunde Strom weit über 100 Euro gekostet. Davor lag der Preis etliche Jahre noch bei 20 bis 30 Euro. Wenn sich der hohe Preis verstetigt, wäre dies eine Vervielfachung des Preises. Aber Vorsicht: Ich sage nicht, dass es so kommt. Ich sage nur, dass wir keinen Einfluss mehr darauf haben, ob es so kommt, wenn wir sowohl Kernkraftwerke als auch fossile Kraftwerke gleichzeitig abschalten.

Die Ampel will dieses Problem lösen, indem sie die schwankende Verfügbarkeit der Erneuerbaren durch den Ausbau von Speichermöglichkeiten elektrischer Energie ausgleicht. Ist das zu schaffen?

Langfristig ist das sicherlich eine Option, aber in der geplanten Geschwindigkeit ist es Wunschdenken. Wir haben momentan in Deutschland eine Speicherkapazität

azität von 40 Gigawattstunden. Damit könnte man das gesamte deutsche Netz eine halbe bis eine Stunde versorgen. Für eine Dunkelflaute reicht das nicht einmal im Ansatz. Also muss ausgebaut werden. 39 der 40 Gigawattstunden Kapazität fallen auf Pumpspeicherwerke, der Rest auf Batterien und Akkus.

Pumpspeicherwerke kann man nur in Tälern bauen, dafür ist die deutsche Topografie nicht besonders gut ausgerichtet. Außerdem müsste man sich sorgen, dass Flussläufe verändert werden und die Umwelt Schaden nimmt. Und die Speicherung in Batterien ist nach jetzigem Stand der Technik für große Mengen nicht einmal ansatzweise günstig darstellbar.

Und mit Wasserstoff? Dies scheint ja die bevorzugte Richtung der Bundesregierung zu sein.

Auch das ist technisch möglich, aber nur zu hohen Kosten. Und damit meine ich nicht bloß die Infrastruktur. Wenn Energie erst in Wasserstoff gespeichert und anschließend damit Strom erzeugt wird, hat man einen doppelten Wirkungsgradverlust. Der Gesamtwirkungsgrad liegt dann noch bei etwa 25 bis 30 Prozent.

Das bedeutet: Pro Kilowattstunde brauche ich ein Mehrfaches der Kapazität von Wind und Sonne. Klar ist das irgendwann möglich, aber es wird sehr teuer.

Deswegen will die Bundesregierung Wasserstoff zusätzlich auch aus Ländern wie Chile und Namibia importieren.

Richtig, dadurch soll es günstiger werden, obwohl die Kosten für Transport und Verfügbarkeit vor Ort diesen Vorteil wieder zunichtemachen. Ich kürze das mal ab: Selbstverständlich gibt es Möglichkeiten, aber die grundlegende Frage ist doch, warum wir bis 2030 alles abschalten wollen, ohne vorher ein vernünftiges System implementiert zu haben. Man reißt doch keine Brücke ab, bevor die neue gebaut ist. So notwendig diese Transformation ist: Sie geht nicht über Nacht und wir wissen heute nicht einmal, ob sie überhaupt so funktioniert, wie wir sie uns vorstellen. Das ist ein unerhört risikoreiches Vorgehen – und eine weltweit führende Industrienation kann ihre Energiepolitik nicht auf Traumschlössern aufbauen.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, setzen wir vorübergehend auf Kohlekraftwerke. Die sind grundlastfähig, aber sehr klimaschädlich. Das führt zu einem „grünen Paradox“: Wenn wir eine klimafreundliche und wirtschaftlich weniger risikobehaftete Energieversorgung haben wollen, müssten wir auf Kernenergie setzen. Ist das Ihr Argument?

Ganz genau. Ich sage nicht, dass der Betrieb von Kernkraftwerken völlig risikofrei ist. Ich sage lediglich: Ohne Kernenergie ist Klimaschutz in den nächsten Jahren kaum möglich. Das Hochfahren der alten Kohlekraftwerke, um die Anfang 2022 noch betriebsfähigen AKW zu ersetzen, führt zu zusätzlichen CO₂-Emissionen von über 60 Millionen Tonnen pro Jahr. Das ist nicht mit dem Erreichen unserer Klimaschutzziele vereinbar.

Bei Kernkraftwerken wiederum ist der Hauptemittent von CO₂ die Materialproduktion. Mit anderen Worten: Stehen die Kraftwerke bereits, ist die Energieproduktion durch Kernkraft mindestens so klimaneutral wie jene durch Wind und Sonne. Ich kann ja verstehen, dass die Grünen sich dagegen wehren, schließlich ist das Ende der Atomkraft ihr letztes verbliebenes Glaubensbekenntnis. Doch das führt jetzt dazu, dass wir eine irrationale, hochrisikoreiche Energiepolitik verfolgen, die in vielen anderen Ländern nur für ein Kopfschütteln sorgt.

Über die grundsätzlichen Gefahren der Kernenergie wurde viel diskutiert. Wie sieht es derzeit mit der Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland aus? Könnte man sie jetzt überhaupt noch in Betrieb nehmen?

Bei der Sicherheit der Kraftwerke sehe ich keine nennenswerten Probleme, die kriegt man technisch wieder auf den neuesten Stand. Die Probleme liegen eher beim Personal. Ich habe immer noch Kontakte auf die Anlagen. Im März 2022, kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, habe ich mit Leuten vor Ort gesprochen. Ausreichend viele wären damals bereit gewesen, die „Zeitenwende“ mitzutragen und von schon bestehenden Vorruhestandsverträgen zurückzutreten, auch mit finanziellen Nachteilen. Doch mittlerweile haben viele Leute einfach die Nase gestrichen voll. Und auch die Konzernleitungen haben keine Lust mehr. Aus der Politik kommen einfach zu viele unwahre Behauptungen.

Wenn man sich die Option der Kernenergie offenhalten will: Wie schnell müsste man dann handeln?

Unverzüglich. Zum einen müsste die Politik das Personal auf seine Seite ziehen. Das ginge nur mit einer Entschuldigung der Bundesregierung und einem glaubwürdigen Appell an die Mitarbeiter. Zum anderen schreitet der Rückbau voran. Im ersten Schritt wird dekontaminiert, die Radioaktivität reduziert und die Brennelemente werden entfernt. In dieser Phase ist der Rückbau noch leicht reversibel. Doch wenn im zweiten Schritt Systeme abgebaut oder gar Großkomponenten zerlegt werden, dann ergibt eine Wiederinbetriebnahme zunehmend keinen Sinn mehr. Wenn

die letzten Kernkraftwerke in Deutschland jetzt ein OK
bekämen, ginge es bei dreien sicher noch, möglicher-
weise noch bei zwei weiteren. Doch irgendwann ist es
schlicht zu spät.

 Braunschweiger Zeitung | 11.08.2023 | S. 1

 Auflage: 28.113 | Reichweite: 93.464

 Andre Dolle

Kommt der Asse-Atommüll in alte Harz-Bunker?

Initiativen und Politiker suchen händeringend Alternativen für ein Zwischenlager am marroden Bergwerk.

Blankenburg.. Verrückte Idee oder ein richtig guter Vorschlag? Um ein Zwischenlager direkt am alten marroden Bergwerk an der Asse im Kreis Wolfenbüttel zu verhindern, bringen Bürgerinitiativen und Politiker zwei alte Bunker im Harz ins Spiel: in Blankenburg und in Halberstadt. Beide sind Atom-Bunker, bei beiden gibt es Bahngleise, die in den Stollen führen.

Peter Wypich war Mitglied der Asse-2-Begleitgruppe, er ist Umweltbeauftragter der Samtgemeinde Elm-Asse, hat sich ausführlich mit den beiden Bunkern beschäftigt. „Der Bunker in Blankenburg ist völlig intakt“, sagt er. Über eine Länge von acht Kilometern erstrecken sich die Gänge unter dem Regenstein-Felsmassiv am Rande des Harzes. Im Blankenburger Bunker befindet sich eine riesige Bundeswehr-Apotheke. Der Bundesrechnungshof rügte diese Art der Bunker-Nutzung aber als viel zu teuer. Wypich nimmt die Bundeswehr in die Pflicht: „Teile des Mülls, der in den 126.000 Fässern im alten Asse-Bergwerk lagert, stammen schließlich von der Bundeswehr aus Munster.“

Der Bunker in Halberstadt verfügt über 13 unterirdische Kilometer an Stollengängen. Er wurde bis 1995 von der Bundeswehr genutzt, gehört zu großen Teilen

nun einem Privatmann. Da der Bunker einst unter den Nazis von KZ-Zwangsarbeitern errichtet wurde, gibt es hier auch eine Gedenkstätte. Der Gedenkstättenleiter Gero Fedtke verwies auf Anfrage gleich auf den Denkmalschutz des Bunkers. „Das schließt eine solche Nutzung aus.“

Linken-Bundestagsabgeordneter Victor Perli aus Wolfenbüttel aber wollte es genauer wissen, stellte eine Anfrage ans Bundesumweltministerium. Schließlich erklärte Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) bei ihrem Asse-Besuch Anfang Mai, sie wolle beide Bunker zumindest prüfen. Ihr Staatssekretär Christian Kühn erteilte Perli in seiner Antwort eine Absage. Sie liegt unserer Zeitung vor. Perli will sich damit nicht zufriedengeben. Auch die für die Asse zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine erklärte, die Bunker seien nicht geeignet. Am Donnerstag gab die BGE bekannt, dass Iris Graffunder und Marlis Koop auf die BGE-Geschäftsführer Stefan Studt und Steffen Kanitz folgen werden. Vielleicht schauen beide sich die Bunker genauer an. Schließlich werden die Kosten für den Bau des neuen Schachtes Asse 5 von Anlagen beziehungsweise Einrichtungen zur Abfallbehandlung und Zwischenlagerung an der Asse auf 785 Millionen Euro geschätzt.

Speicherverband sieht weiter Bedarf für LNG-Terminals

Berlin. Die Erdgas-Speicherbetreiber in Deutschland gehen weiterhin davon aus, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Füllstände in diesem Jahr übertroffen werden. Laut einer Verordnung müssen die Speicher am 1. November zu 95 Prozent gefüllt sein. Nach Angaben des europäischen Gasspeicherverbandes sind die Speicher derzeit bereits zu 90 Prozent gefüllt, Tendenz steigend.

„Trotzdem gilt: Die Gefahr einer Gasmangellage bei kalten Temperaturen besteht weiterhin und wird uns ohne weitere infrastrukturelle Maßnahmen vermutlich noch bis zum Winter 26/27 begleiten“, sagte der Geschäftsführer des Branchenverbandes Initiative Energien Speichern (Ines), Sebastian Bleschke, gestern.

Erst danach könne ein reduzierter Gasverbrauch weitere Maßnahmen überflüssig machen.

Um die Gasversorgungssicherheit schon vorher wiederherzustellen, eignen sich laut Bleschke nicht nur weitere LNG-Terminals, sondern auch zusätzliche Gasspeicherkapazitäten oder Pipeline-Verbindungen. „Kurzfristig, also für die Winter 23/24 und 24/25 führt allerdings kein Weg an den Terminals vorbei.“

Drei schwimmende LNG-Terminals sind seit dem vergangenen Winter bereits in Betrieb, darunter in Lubmin. Drei weitere sollen im kommenden Winter folgen. Zu den Vorhaben gehört das Terminal in Mukran auf Rügen, das vor allem auf der Insel auf heftigen Gegenwind stößt.

Peine: BGE-Führung wird durch zwei Fachfrauen komplettiert

Bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in Peine steht ein Führungswechsel an: Neu an der Spitze sind ab 2024 Iris Graffunder und Marlis Koop. Mehr dazu lesen Sie hier.

Peine. Der Aufsichtsrat der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine hat Iris Graffunder und Marlis Koop zum 1. Januar 2024 zu neuen Geschäftsführerinnen bestellt. Sie folgen dem Vorsitzenden der Geschäftsführung Stefan Studt und dem für die Standortauswahl zuständigen Geschäftsführer Steffen Kanitz nach. Graffunder übernimmt den Vorsitz der Geschäftsführung, ihre Bereiche werden insbesondere Standortauswahl, Produktkontrolle und Finanzen. Koop will sich als Arbeitsdirektorin vornehmlich den Themen Personal und Soziales widmen.

Iris Graffunder, neue Vorsitzende der Geschäftsführung der BGE

Iris Graffunder ist seit 2021 Vorsitzende der Geschäftsführung der Kerntechnischen Entsorgung Karlsruhe GmbH (KTE). Im Mai 2020 war sie als technische Geschäftsführerin bereits in die Leitung der **EWN**-Tochter mit rund 700 Beschäftigten berufen worden. Graffunder gehört der Entsorgungskommission (ESK) an, einem Beratungsgremium des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). Von 1989 bis 2006

arbeitete Graffunder im Forschungszentrum Karlsruhe, übernahm dann die Projektleitung für den Rückbau der hochradioaktiven Bereiche in der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe GmbH (WAK). Von 2009 bis 2020 war Graffunder als Prokuristin beim **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** tätig und baute die Koordinationsstelle Konrad für die öffentliche Hand auf, über die die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aus den Forschungseinrichtungen und den **EWN**-Standorten ihren Weg ins Endlager Konrad finden sollen.

Marlis Koop, neue Geschäftsführerin bei der BGE

Marlis Koop ist seit 2019 Bereichsleiterin Personal bei der TÜV Nord AG in Hannover. Davor hat sie eine Führungsposition im Personalbereich der Berliner Verkehrsbetriebe bekleidet. Und vor dieser Station hatte sie knapp zehn Jahre lang für zwei Unternehmen der Telekom-Gruppe ebenfalls Führungspositionen in der Organisationsentwicklung und dem Personalwesen inne. Mit ihrem Wechsel zum TÜV kehrte Marlis Koop in ihre Heimatregion nach Hildesheim zurück.